

1.6NEU2 Aus alt mach neu: Kohleausstieg und Strukturwandel

Antragsteller*in: Clemens Rostock (Lavo)

Tagesordnungspunkt: 1. ÖKOLOGISCH und NACHHALTIG - damit Brandenburg grüner wird

108 Wir setzen uns für eine ökologische, sichere und preiswerte Energieversorgung in Brandenburg ein. Für
109 dieses Ziel brauchen wir den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Braunkohlenutzung. Die
110 Rahmenbedingungen für die Energiewende wurden auf der UN-Klimakonferenz in Paris gesetzt. In Brüssel
111 und Berlin müssen nun verbindliche Beschlüsse gefasst werden, wie der Weg zum notwendigen
112 Klimaschutz gesetzlich ausgestaltet wird. Denn wenn wir nicht rasch und zielorientiert handeln, treibt uns
113 die Klimakatastrophe in immer höherem Tempo in eine bedrohliche Krise – dafür war der heiße Sommer
114 von 2018 nur ein Vorgeschmack. Auch in den Braunkohleregionen schafft ein klarer Ausstiegsfahrplan,
115 verbunden mit verbindlich zugesagten Strukturhilfen, endlich Klarheit, wie es weiter gehen kann.

116 Brandenburg ist bisher auf einem guten Weg beim Ausbau erneuerbarer Energien. Auf Grund der parallel
117 beibehaltenen Braunkohleverstromung hat das bisher jedoch kaum Auswirkungen auf Brandenburgs
118 extrem hohen CO₂-Ausstoß. Pro Kopf hat Brandenburg den mit Abstand höchsten CO₂-Ausstoß aller
119 Bundesländer! Ohne den Kohleausstieg wiederum kann weder Brandenburg noch Deutschland seine
120 beschlossenen Klimaziele realisieren.

121 Kohleausstieg als Einstieg in die Energiewende-Zukunft verstehen

122 Auch weil der längst überfällige Strukturwandel in der Lausitz von den bisherigen Landesregierungen
123 fahrlässig auf die lange Bank geschoben wurde, ist ein Wandel in der Energiepolitik dringend geboten.
124 Durch die Verschleppung von echten Lösungen ist bei Anwohner*innen und Mitarbeiter*innen an und in
125 den Kohlegruben eine große Verunsicherung entstanden. Wir wollen einen klaren Kohleausstiegsfahrplan
126 mit neuen Chancen für die Betroffenen. Die Energieerzeugung aus Braunkohle ist klimapolitisch und
127 wirtschaftlich ein Auslaufmodell. In der Vergangenheit wurden Schäden durch den Braunkohleabbau in
128 Kauf genommen. Nicht nur die Lausitzer Landschaft wurde verwüstet, die Tagebaue gefährden zunehmend
129 auch die Trinkwasserversorgung der gesamten Region. Auch die Kosten für die Rekultivierung steigen
130 unaufhörlich und können nicht annähernd vom Betreiber gar nicht im nötigen Umfang erbracht werden.
131 Zudem subventioniert Brandenburg noch immer die Braunkohle durch den Verzicht auf Entgelte für die
132 Entnahme von Grundwasser zur Trockenlegung der Tagebaue.

133

134 Kohleausstieg schnellstmöglich umsetzen

135 Die „Kohlekommission“ auf Bundesebene wurde mit Aufgaben überfrachtet. Ob bzw. wann und mit welchen
136 konkreten Festsetzungen der von ihr vorzulegende Kohleausstiegs-Fahrplan von Bundesregierung und
137 Bundestag beschlossen wird, ist noch offen. Mit Blick auf die Klimaziele von Paris ist gleichwohl klar, dass
138 es in Brandenburg keine neuen Tagebaue geben darf und auch die Verkleinerung genehmigter Tagebaue in
139 Betracht gezogen werden muss. Wir setzen uns weiterhin mit aller Kraft gegen die Genehmigung des
140 Tagebaus Welzow Süd II ein. Zudem wollen wir alles dafür tun, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle
141 verdient, sondern auch die anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens 3 Mrd EUR allein für die
142 Lausitz - trägt. Die Gestaltung von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte
143 Arbeitsplätze und ist damit ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir wollen die
144 rechtlichen Möglichkeiten Brandenburgs nutzen, um Sicherheitsleistungen für die Lausitzer Tagebaue
145 Welzow und Jänschwalde gegenüber der LEAG festzusetzen.

146 Chancen nutzen, Risiken vermeiden

147 Weder die Landesregierung noch die CDU haben bisher die notwendige Entschlossenheit gezeigt, den
148 kohleausstiegsbedingten Strukturwandel in der Lausitz zukunftsfähig zu gestalten. Die von der letzten

149 Landesregierung favorisierte CCS-Technologie zur Verpressung von Kohlendioxid im Untergrund ist
150 gescheitert. Planungen für den Ausstieg aus der Braunkohle wurden erst begonnen, nachdem die
151 Bundesregierung 2015 die Stilllegung erster Kraftwerksblöcke von Jänschwalde beschlossen hatte. Andere
152 Parteien zitieren gerne die Kosten des Klimaschutzes und blenden dabei völlig aus, dass die
153 menschengemachte Klimaerhitzung erhebliche und bedrohlich wachsende Kosten mit sich bringt. Doch für
154 immer mehr Bürger*innen und Kommunen, die viel Geld für die Bewältigung von Trockenheit und
155 Starkregenereignissen ausgeben müssen, ist die Anpassung an den Klimakrise schon jetzt Realität – und
156 sehr teuer. Wir wollen mit neuen Investitionen in den Klimaschutz künftige Schäden vermeiden, neue
157 Arbeitsplätze schaffen und weltweit nachgefragte Lösungen „Made in Brandenburg“ entwickeln.

158 Wir wollen die potentiell verschwindenden Industriearbeitsplätze in der Braunkohlewirtschaft auch durch
159 vergleichbare Arbeitsplätze in Zukunftsindustrien ersetzen. Die vielen qualifizierten und erfahrenen
160 Fachkräfte in gut bezahlten Industriearbeitsplätzen sind eine Stärke der Lausitz, gerade im Vergleich mit
161 anderen peripheren Regionen Brandenburgs. Wir wollen diese Strukturen nicht aufgeben - nicht nur, um die
162 Wirtschaftskraft der Lausitz zu erhalten, sondern auch um den direkt Betroffenen einen sozialverträglichen
163 Umstieg zu ermöglichen. Es ist wichtig für die Region, diese Fachkräfte nicht zu verlieren, sondern ihnen
164 vor Ort Entwicklungschancen zu bieten. Die meisten Beschäftigten aus der Braunkohlebranche wie
165 Verfahrenstechniker*innen, Maschinenbauer*innen, Elektrotechniker*innen, Mechatroniker*innen usw. sind
166 nicht auf den Energieträger Braunkohle festgelegt und werden für die Transformation zur zukunftsfähigen
167 Energieregion gebraucht. Diese in der Region vorhandenen Kompetenzen müssen entschlossen als
168 Standortvorteil für die Ansiedlung von Anlagen- und Ausrüstungsherstellern aus dem Bereich der
169 Energiewende genutzt werden.

170 Ein klarer Zeitplan hilft, die gesteckten Ziele zu erreichen. Zur Umsetzung braucht man nicht nur Geld,
171 sondern auch ein Team, welches mit den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet ist. Je eher wir
172 damit beginnen und ein finales Datum definieren, umso erfolgreicher kann der Prozess gestaltet werden.
173 Um den notwendigen Strukturwandel in der Lausitz voranzubringen, schlagen wir vor, gemeinsam mit der
174 Bundesregierung und dem Land Sachsen Verhandlungen über ein Verwaltungsabkommen zum
175 Strukturwandel in der Lausitz zu führen. Hierbei sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen,
176 klimaschutzbedingten Strukturwandel in der Lausitz zu definieren, sowie Vereinbarungen über folgende
177 Maßnahmen zu treffen und umzusetzen:

178 **Lausitz-Steuerungskreises einsetzen**

179 Ein Steuerungskreis soll einen Masterplan für die zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die
180 Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren. Dieses Gremium setzt sich aus Vertretern aus der Region
181 (Innovationsregion Lausitz, Wirtschaftsregion Lausitz), der Politik (Bund, Land Sachsen, Land Brandenburg)
182 und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen.

183 **Handlungsfahrplan für die Zukunft der Braunkohle in der Lausitz erstellen**

184 Der Steuerungskreis erarbeitet – in enger Abstimmung mit allen weiteren Akteuren in der Lausitz – ein
185 zentrales, strategisches Referenzdokument (Masterplan) sowie einen entsprechenden Zeitplan (Roadmap).
186 Dieser muss mit übergeordneten politischen Prozessen verzahnt werden. Ein solches Dokument dient den
187 vielfältigen Akteur*innen in der Region als Leitfaden für ihr künftiges Handeln.

188 **Geschäftsstelle „Strukturwandel Lausitz“ einrichten**

189 Die Geschäftsstelle soll entlang der Vorgaben des Steuerungskreises den Masterplan formulieren und
190 ausarbeiten. Sie koordiniert und überwacht die Umsetzung in den verschiedenen Projekten und Initiativen.
191 Gleichzeitig soll sie jährlich über den Umsetzungsstand Bericht gegenüber den Landtag erstatten.
192 Aufgaben der Geschäftsstelle sind insbesondere:

- 193 • die Koordinierung bei der Aufstellung von eindeutigen und messbaren Zielen,
- 194 • die Abstimmung von interkommunalen/regionalen Förderanträgen und

- 195
- die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

196 **Strukturwandel- und Innovationsfonds (Lausitzfonds) schaffen**

197 Für die Prozessgestaltung und die anstehenden Investitionen, benötigt die Lausitz Mittel in nicht
198 unerheblichem Umfang. Diese Gelder sollen in einem regionalen Fonds bereitgestellt werden. Ein solcher
199 Fonds soll folgende Aufgaben haben:

- 200
- strategische Koordination und Abstimmung von Zielen und Handlungsfeldern,

201

 - Akquisition externer finanzieller Ressourcen,

202

 - Finanzierungsmechanismus Finanzierungsinstrument für Investitionen in der Region.

203 Grundsätzlich sollte der regionale Finanzierungsfonds komplementär zu Förderangeboten des Landes,des
204 Bundes und der EU wirken.

205

206 **Lausitzstiftung gründen**

207

208 Neben der Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft und Infrastruktur braucht es ebenso die Stärkung des
209 zivilgesellschaftlichen Engagements für die Gestaltung des Strukturwandels. Kommunale Initiativen,
210 Einzel-Projekte oder auch kleinere Startups können helfen, die Attraktivität der Region maßgeblich zu
211 steigern. Um derartige Entwicklungen zu fördern, bedarf es einer entsprechenden Stiftung als
212 Fördermittelgeberin und Beraterin. Wir wollen diese Stiftung einrichten und mit festen Einzahlungen über
213 15 Jahre verankern. Sollten die Mittel nicht im jeweiligen Jahr ausgegeben werden, sollen sie für die
214 Folgejahre weiterhin zur Verfügung stehen.